# PARTEIEN

DFU

## Rot und Rosa

(siehe Titelbild)

Eine muntere Junggesellin, ein wenig viril und ein wenig charmant, hat in das mickrige Bonner Wahlkampf-Feuer gepustet.

Im Kunstwind der gewesenen Professorin Dr. Renate Riemeck geschah, was der Sturmwind der Berlin-Krise nicht vermocht hatte. Eine linksradikale Oppositionspartei formierte sich zum Sturm auf die Bonner Außenpolitik: die „Deutsche Friedens-Union" (DFU).

Die Friedens-Freunde der Riemeck bieten dem Wähler des 17. September als einzige Partei eine Alternative zur außenpolitischen Vogel-Strauß-Politik der Christ-, Sozial- und Freidemokraten: Sie verlangen den Austritt Westdeutschlands aus der Nato und proklamieren den totalen Neutralismus.

Daß eine Partei die Stirn hat, sich mit solchen, jahrelang als Defätismus angesehenen Parolen zur Wahl zu stellen, spricht, wenn nicht für den Realismus, so doch für die Courage ihrer Führer, die es überdies noch wagten, dem maskulin ausgerichteten deutschen Wahlvolk eine Frau als Partei-Boß anzubieten.

Daß diese Partei aber, kaum organisiert, Chancen hat, die Fünf-Prozent-Hürde des Wahlgesetzes zu überspringen — Bonner Schätzungen gehen auf vier bis sieben Prozent, und selbst Minister Strauß prophezeite 4,5 Prozent —, ist die bescheidene Sensation des Wohlstands-Wahlkampfes 1961.

Konrad Adenauers erster Bundesinnenminister, Gustav Heinemann, der mit dem Osten verhandeln, statt gegen ihn rüsten wollte, war noch 1953 mit seiner „Gesamtdeutschen Volkspartei" gescheitert: Er erhielt ein Prozent der Wählerstimmen. Verhandeln galt damals wenig, Stärke alles.

Renate Riemeck rechnete sich aus, daß die Deutschen inzwischen für eine neutralistische Sammlungs-Bewegung empfänglicher sein müßten. Sie rief und setzte ihre gemischte Truppe auf den ewigen Frieden in Marsch: Atomtod-Gegner, militante Pazifisten, sektiererische Christen, bürgerliche Ost-Kontaktler und Marxisten.

Die heimatlose deutsche Linke wurde von einer Frau des Jahrgangs 1920 aufgelesen und in den Schoß der DFU repatriiert. Im zwölften Jahr der Bonner Republik konnte sich die erste Volksfront auf westdeutschem Boden fast mühelos ansiedeln.

Nachdem Herbert Wehner die sozialdemokratischen Kolonnen aus dem linken Winkel, wo einst SPD-Ahne Bebel hauste, nach rechts abkommandiert hatte, war links außen Platz zu vergeben.

Die auf der Strecke gebliebenen SPD-Genossen — heimliche Rotfront-Kämpfer außer Dienst und sonstige Links-Abweichler, die partout proletarisch bleiben wollten und daher von der Mutter SPD verstoßen wurden — streckten die Hände aus. Ziehmutter Riemeck nahm sie alle und einige Schock Kommunisten, bourgeoise Professoren und linke Pastoren dazu.

**Riemeck-Plakat,** Wähler: „Wer mich steuert ...

Kaum auf der politischen Bühne, stahl die Riemeck-Partei den Bonner Demokraten die Maske vom Gesicht. Die SPD, sonst mit Klagen gegen den Polizeistaat beschäftigt, bangte um ihren meuternden Marxisten-Flügel und verlangte ein Verbot der angeblich kommunistisch gesteuerten DFU.

Der CDU-Minister Schröder hingegen, sonst mit Verboten schnell bei der Hand, ließ die Riemeck-Gesellschaft bislang ungeschoren.

CDU und SPD haben für ihre unterschiedliche Haltung gegenüber der neuen Partei den gleichen Grund: Die DFU könnte die SPD zwar nicht um den — von vornherein wenig wahrscheinlichen — Wahlsieg bringen, wohl aber deren vierte Wahlniederlage noch augenfälliger machen als die dritte.

Die SPD muß, wenn sie auch nur das gleiche Wahlergebnis wie 1957 (31,8 Prozent der Stimmen) erzielen will, schon vier bis sechs Prozent mehr Wähler gewinnen als 1957, weil das bundesdeutsche Wahlvolk seither um rund zwei Millionen gewachsen ist.

Die CDU ist zwar vor das gleiche Problem gestellt; was ihr aber vergleichsweise bequem gelingen dürfte, wird für die SPD um so schwieriger, als sie nach dem Auftreten der DFU nicht mehr darauf rechnen kann, daß Neutralisten, Pazifisten und Kommunisten für die nach rechts abmarschierte SPD votieren werden.

Ein Verbot der DFU würde daher nicht nur ketzerische SPD-Marxisten vor der Abirrung zu Renate Riemeck bewahren, sondern den Sozialdemokraten auch jene zwei Prozent KP-Stimmen sichern, die ihnen seit dem Verbot der KPD regelmäßig zugute kamen, wenngleich die auf gute Reputation bedachten SPD-Genossen derlei Wahlhilfe stets als kompromittierend ansahen.

Nunmehr aber, vom Verlust der angeblich unerwünschten KP-Stimmen bedroht, machte sich die SPD daran, die gefährliche Konkurrenz auf dem

... den möchte ich sehen": **Riemeck-Plakat**, Wählerin

linken Flügel mittels Verbots loszuwerden: Findige SPD-Rechercheure durchforschten die Mitgliederlisten der DFU nach früheren KP-Angehörigen und die Partei selbst nach Indizien für kommunistische Steuerung.

Die SPD-Forscher konnten mühelos eruieren, daß Anfang 1960 die ersten Pankower Leimruten für die Bundestagswahl 1961 ausgelegt wurden, nachdem die einzige intakte und zugleich legale Tarngesellschaft, der „Bund der Deutschen" (BdD) des vergreisten Wilhelm Elfes, der heute der DFU aufs innigste verbunden ist, bei der Bundestagswahl 1957 nur 0,2 Prozent der Stimmen eingeheimst hatte.

Im Juli 1960 wies Ostberlin daher die Bezirksleitungen der illegalen KP in der Bundesrepublik an, die beabsichtigte Gründung einer neuen Linkspartei zu begünstigen (SPIEGEL 31/1960).

Inzwischen, am 30. Juni, hatte SPD-Ideologe Wehner die Partei Kurt Schumachers in seiner legendären Gemeinsamkeits-Rede vor dem Bundestag auf die Politik Konrad Adenauers verpflichtet. Der Unmut, den traditionsbewußte Genossen über den Paulus Wehner empfanden, sollte der neuen Partei die nötigen Volksfront-Freunde einbringen.

Die Strategen in der gesamtdeutschen Abteilung des SED-Zentralkomitees hatten von der ursprünglich beabsichtigten Gründung einer orthodox marxistischen Partei, wie sie dem von SPD und DGB verstoßenen Links-Theoretiker Viktor Agartz vorschwebte, Abstand genommen. Eine rote Volksfront gegen Bonn schien ihnen wichtiger als eine noch so linientreue Splittergruppe.

Hatte die Delegierten-Konferenz der illegalen KP im ostzonalen Ballenstedt (Harz) laut Protokoll schon am 29. Februar 1960 entschieden, „nur in einer einheitlichen zielbewußten Bewegung" komme die „Wende in der Politik Westdeutschlands" zustande, so bekräftigte die SED den Einheits-Slogan bei jeder Gelegenheit:



▷ Walter Ulbricht am 10. September in Leipzig: „Die Arbeiterklasse (muß) in Westdeutschland gemeinsam mit den Bauern, der Intelligenz und dem am Frieden interessierten Bürgertum ein Friedensprogramm" ausarbeiten.

▷ Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" am 26. Oktober: „Es wächst die Erkenntnis, daß nur durch ... Zusammenschluß aller Adenauer-Gegner, durch patriotische Aktionen zur Rettung des Friedens, eine solche Lage geschaffen wird, daß — so wie in der DDR — dann in ganz Deutschland die Friedenskräfte das Übergewicht bekommen."

Prompt gründeten die 400 westdeutschen Proletarier, die sich am 5. und 6. November 1960 auf Einladung des „Zentralausschusses ausgetretener und ausgeschlossener Sozialdemokraten" in der Dortmunder Vorortskneipe „Rittersaal" versammelten, nicht ihre angekündigte Partei, sondern nur eine „Vereinigung unabhängiger Sozialisten". Begründung: Man müsse eine „Unionsbewegung mit der fortschrittlichen Intelligenz", eine „Volksbewegung aller wirklich oppositionellen Kräfte" anvisieren.

Diese Volksfront-Ideologie hämmerte der wegen notorischen Linksdralls von der SPD geschaßte Dr. Gerhard Gleißberg, Chefredakteur des ultralinken Hamburger Wochenblatts „Die Andere Zeitung", den Genossen in einem 150-Minuten-Referat ein. Gleißberg, über die Stellung des Sozialisten-Vereins zur SED befragt: „Die SED arbeitet in der DDR, wir sind in der Bundesrepublik tätig."

Ein früherer Sozialdemokrat, der gegen die angepriesene Volksfront zu bedenken gab, die Kommunisten seien ihm nicht minder verhaßt als die Nazis, wurde mit dem Ruf „Du hast wohl das Lokal verwechselt, du Schwein!" zum Schweigen gebracht.

Gerhard Gleißberg, heute „beratender Gast" des DFU-Landesvorstands Hamburg, hatte sich kurz zuvor über die zu gründende Volksfront an kompetenter Stelle informiert.

In Begleitung des gleichfalls von der SPD verstoßenen Hamburger Bürgerschafts-Deputierten Albert Berg war Gleißberg Mitte Oktober 1960 zu einer Geheimkonferenz nach Ostberlin gereist. Schriftsetzer Berg, ehemals einflußreicher Chef der Hamburger Schrebergärtner-Vereine, heute Mitglied des geschäftsführenden DFU-Bundesvorstands, der Bundeswahlkampfleitung und der Landeswahlkampfleitung Hamburg, reiste zwecks Tarnung als „Vandenberg". Mit der planmäßigen SAS-Maschine kehrte das Duo am 14. Oktober um 22.35 Uhr von seinem bis heute geheimgehaltenen Informations-Ausflug via Kopenhagen nach Hamburg zurück.

Berg-Vandenberg und Gleißberg waren mit von der Partie, als in Frankfurt ein Initiativ-Ausschuß zur Gründung der neuen Volksfront tagte. Unter den Teilnehmern finden sich außerdem die Namen

▷ des früheren KP-Funktionärs Helmut Bausch, der sich heute als Presse-Chef des BdD sowie als „beratender Gast" in der Bundeswahlkampfleitung der DFU betätigt,

DFU-Publizist **Gleißberg**
Bis zu den Wahlen ...

▷ des KP-Funktionärs Hermann Gautier, von 1951 bis 1959 Erster Sekretär der KP-Landesleitung Bremen, DFU-Kandidat auf der nordrhein-westfälischen Landesliste und bis zu seiner Verhaftung am 6. Juli 1961 gleichfalls „beratender Gast" der DFU-Bundeswahlkampfleitung, und

▷ der Professorin Dr. phil. Renate Riemeck.

Im Gegensatz zu ihren Apparatschiks hat die Vierzigerin eher das Flair eines intellektuellen Twens als das einer Funktionärin: lustige braune Rehaugen, ein struppiger Schopf, den sie burschikos schneidet und nach Männer-Art zurückbürstet. Das freundliche Durchschnittsgesicht täuscht freilich: Renate Riemeck machte ihr Leben lang in Opposition.

Als Kind wollte sie nicht auf jene Ponys „Resy" und „Daisy" klettern, die ihr Vater, mal Kaufmann, mal Gutsbesitzer bei Breslau, aber immer deutschnational, von einem bankrotten Zirkus erstanden hatte.

Nach dem Bankrott des Vaters wurde Renate zum Geldverdienen herangezogen und mußte im mütterlichen Kramladen Heringe und Sirup verkaufen. Des besseren Fortkommens wegen wurde sie alsdann — schon 1932 — in die Hitler-Jugend gesteckt.

Daß die derzeitige Direktrice der Deutschen Friedens-Union mithin Inhaberin des Goldenen HJ-Abzeichens ist, besagt für ihre politische Einstellung freilich wenig.

Renate Riemeck blieb der NSDAP fern, sah sich das Dritte Reich der Deutschen gelegentlich von außerhalb der Grenzen an, schlummerte bei Führer-Reden ein und bekundete sogar noch energischer ihr Mißfallen.

Das goldumrandete Hakenkreuz am Revers bewahrte das hellhörige Hitler-Girl regelmäßig vor den Folgen seiner sanften Renitenz, selbst, nachdem es Fäden zu linken Widerständlern gesponnen hatte.

Auf der Universität Jena widmete sich die stud. phil. Riemeck der Germanistik und der Kunstgeschichte, vor allem der Romantik, promovierte dann aber mit einer Arbeit über die spätmittelalterlichen Ketzer-Bewegungen: Sie war bei ihrem Thema.

Nach Kriegsende nahm die Ketzer-Monographin ihre NS-Medaille ab und verdingte sich, mit beiden Staatsexamina versehen, als Dozentin an die Pädagogischen Akademien in Oldenburg, Braunschweig und Wuppertal.

Zwischendurch war sie Mutter zweier Pflegekinder geworden, von denen sie eines, namens Ulrike Marie Meinhof, dermaßen päppelte, daß die Kleine heute als Chefredakteurin der ultralinken Hamburger Studentenzeitung „konkret" amtiert, deren Finanzquellen ebenso unklar sind wie die von Gleißbergs „Anderer Zeitung".

Die Riemeck, 1950 jüngste Professorin Deutschlands, befaßte sich teils mit harmlosen, teils mit gefährlichen Me-

DFU-Graf **Westphalen**
... Schonzeit ...

tiers: Sie verfaßte eine Biographie des romantischen Malers Ludwig Richter („Überfahrt am Schreckenstein"), bosselte an einem Kinderbuch über die Seeräuber und klimperte auf ihrem Spinett.

Gleichzeitig aber war der vielseitigen Pädagogin bewußt geworden, daß die deutsche Nation gespalten war. Da sie die Spalter vorwiegend im Westen, die Spaltungs-Gegner aber in Pankow wähnte, machte sie sich auf jenen Weg, den vor ihr schon mancher deutsche Links-Nomade getrollt war, um sich zu verirren: Sie reiste nach Ostberlin, nach Leipzig und Jena, um die dortigen Friedensfreunde zu studieren, wie sie vormals den malenden Kinderfreund Ludwig Richter studiert hatte.

Schon im März 1958 lasen die Abonnenten des SED-Organs „Neues Deutschland" aus der Feder der Riemeck: „Außerparlamentarische Kräfte müssen jetzt — in der Stunde der Gefahr — aktiviert werden."

Die richtige Erkenntnis, daß Atom-Kanonen für die Bonner Artillerie weniger ein Luxus als ein Spiel mit dem Feuer sind, verleitete die überzeugte Pazifistin zunächst zu der irrigen Annahme, Franz-Josef Strauß sei durch anti-atomare Vereinsmeierei zu stoppen. Renate Riemeck betätigte sich unter anderem

▷ in der „Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik",

▷ im „Ständigen Kongreß aller Gegner der atomaren Aufrüstung" und

▷ im „Aktionsausschuß der Jugend aus Hütten und Schächten gegen den Atomtod".

Die Teilnahme an diesen mit Kommunisten durchsetzten Anti-Atom-Sekten verband die Riemeck mit ihrem Management in Ostkontakten und schenkte ihre Sympathie sogar derart eindeutigen SED-Unternehmen wie dem „Ständigen Komitee zur Vorbereitung der Weltjugendfestspiele".

Gerade im Sommer des vergangenen Jahres, als

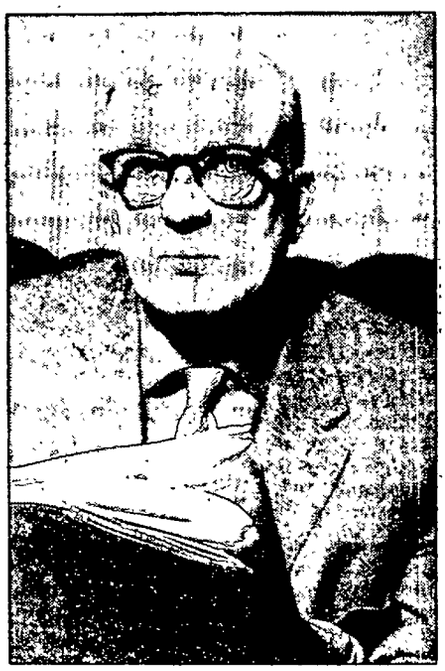
▷ der Mißerfolg der von der SPD gesteuerten Atomtod-Bewegung offenkundig war,

▷ die SPD gänzlich auf die Gemeinsamkeits-Linie geschaltet wurde und

▷ Pankow die neue Volksfront-Parole ausgegeben hatte,

tat der Düsseldorfer Kulturminister Werner Schütz, Dienstherr der Beamtin Riemeck, den ersten Schritt, um die kompromittierende Ost-Kontaktlerin endgültig auf den Weg in die Politik zu drängen: Er berief sie aus der Prüfungskommission der Wuppertaler Akademie ab.

Begründung: „Sie ist vielleicht dasjenige Mitglied der akademischen Welt der Bundesrepublik, das in sogenannten Ostkontakten am heftigsten und schärfsten hervorgetreten ist."



DFU-Kleingärtner **Berg**
... vom Verfassungsschutz

So legal diese Maßregelung nach den Normen des westdeutschen Beamtenrechts war, so unklug war sie angesichts der Tatsache, daß sich die Riemeck gerade durch die Ungeniertheit, mit der sie ihr Ost-West-Management betrieb, aber auch durch ihr artiges Wesen bei Studenten und Dozenten außerordentlicher Sympathie erfreute.

Sogleich ließen sich 250 Wuppertaler Jung-Pädagogen auf den Treppenstufen von Schützens Kulturministerium zum Sitzstreik nieder (Schütz: „Ich hoffe, daß sie sich keine Erkältung zugezogen haben"), über 100 Professoren — keineswegs nur linke — tadelten den „flagranten Verstoß gegen die ehernen Grundrechte der freien Meinungsbildung", und der „VI. Weltkongreß gegen Kernwaffen, für Abrüstung" telegraphierte aus Tokio an „Exzellenz Schütz": „Gesinnungsterror unterstreicht nur Gefahr des deutschen Militarismus."

Nur Emil Dovifat, sogenannter Altmeister der deutschen Publizistik, übermittelte der Dozentin die Empfehlung eines Taxifahrers: „Rin mit se in de Sowjetzone!"

Obschon die Atomtod-Aktivisten auf Weltebene die Riemeck nur noch mehr diskreditierten, wuchs der rebellischen Professorin über Nacht der Heiligenschimmer einer elysischen Friedens-Madonna: Wer für Minister Schütz war, so schien es, befürwortete den Atomtod; wer aber für das Schütz-Opfer eintrat, wollte nicht nur Frieden und Freiheit, sondern auch lichte Wohnungen, höhere Renten und pausbäckige Kinder.

Friedens-Klärchen **Faßbinder**: Nikita war reizend

Renate Riemeck, selbst keine Propagandistin, aber leicht charismatisch begabt, war nun verfolgt und populär genug, um Parteichef zu werden.

Zunächst warf sie dem Minister Schütz das ihr verleidete Lehramt vor die Füße, um der anerkannt engen Fesseln ledig zu werden, die das deutsche Beamtenrecht politisch tätigen Staatsdienern anlegt. Die Riemeck, die ihren Professoren-Titel seitdem nicht mehr führen darf: „Ich wollte frei sein." Vier Tage später, am 17. Dezember 1960, charmierte sie in grauem Wolljäckchen und gleichfarbigem Faltenrock mit einem Angebinde roter Rosen in der Hand auf dem Gründungskongreß der Deutschen Friedens-Union im Stuttgarter Höhenrestaurant „Schönblick".

Die Rosen waren dem greisen Tragödiendichter Fritz von Unruh („Louis Ferdinand, Prinz von Preußen") zugedacht, den sich Renate Riemeck für einen „Mahnruf zum Frieden" engagiert hatte.

Stöhnte Unruh: „Lockt Euch das fette Futter des Wirtschaftswunders tatsächlich an die kettenrasselnden Krippen des Menschenschlächters Krieg zurück?" Antwort: „Hinweg mit dieser Plage der Menschheit!"

Die Wort-Kaskaden machten das im „Schönblick" versammelte Publikum für jene Leitsätze empfänglich, die zwar den Anti-Atomtod-Vereinen seit Jahren geläufig sind, die aber keine der politischen Parteien mehr zu verkünden wagt. Das von der Riemeck redigierte DFU-Programm fordert:

- ▷ Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und Abrüstung;
- ▷ eine militärisch verdünnte Zone in Europa;
- ▷ die Neutralisierung Deutschlands nach österreichischem Vorbild;
- ▷ „Verhandlungen zwischen beiden deutschen Teilstaaten".

Während dieses außenpolitische Konzept immerhin gedankliche Konsequenz zeigt, brachten die DFU-Köche im innenpolitischen Topf nur eine wäßrige Mixtur zustande, die sich von den Wohlstands-Parolen der anderen Parteien durch nichts unterscheidet.

Renate Riemeck hatte die heimatsuchenden Linken damit zur ersten deutschen Volksfront verarbeitet, jener Fata Morgana, von der die Roten in aller Welt träumen, seitdem der bulgarische Altkommunist Dimitroff sie ihnen 1935 vorgespiegelt hatte.

Dimitroff: Eine — befristete — Allianz zwischen KP, linken Bürgerlichen und mißvergnügten Sozialisten sei das probate Rezept, um den Proletariern die Macht, wenn nicht durch eigene Stärke, so durch Anleitung der Opportunisten und Naiven zu verschaffen. Frankreichs Parade-Sozialist Léon Blum nahm die Parole auf, steuerte die Kommunisten noch 1935 mit sozialistischer Hilfe in die Regierung und bot damit das leuchtende Exempel einer „Front Populaire", die freilich schon nach zwei Jahren auseinanderging.

Die nach außen so einige Friedensfront der Riemeck erwies sich sowohl auf dem Stuttgarter Gründungskongreß als auch auf ihrem Wiesbadener Wahlkongreß am 8. Juli 1961 als echte Volksfront: ein Konglomerat von Bürgerlichen und Proletariern, von Professoren, Grafen, Genossen und abgehalfterten Gewerkschafts-Funktionären, die ihre innenpolitischen Wünsche aufeinander abstimmen und daher verwässern mußten. Sozialistische oder gar klassenkämpferische Sentenzen ließ die Riemeck sorgfältig eliminieren.

Hatten die DFU-Strategen schon in ihrem Gründungs-Aufruf eine gänzlich unpolitische Künstlernatur wie den Düsseldorfer Bildhauer Ewald Mataré aufgeführt, so bezeigten sie auch dem auf solide Herkunft bedachten deutschen Bürgertum ihre Reverenz. Als bourgeoises Aushängeschild wurde der unentwegte Friedenskämpfer Karl Kuno Lubbert Graf von Westphalen zu Fürstenberg neben Renate Riemeck und dem früheren Bundessekretär der sozialistischen „Falken", Lorenz Knorr, ins DFU-Direktorium gewählt.

Der westfälische Uradlige, ebenso aktiv, aber weniger charmant und nicht annähernd so energisch wie die DFU-Führerin, gibt sich nicht nur gern als konservativer Bonhomme („Ich bin bestimmt kein Kommunist"), sondern versteigt sich gelegentlich sogar zu einer, wie er meint, heftigen Kritik am Zonenregime.

So versicherte der Graf, der beim Staatsakt zum 10. Jahrestag der DDR in Anwesenheit Ulbrichts eine seiner Friedensreden hielt, auf dem Stuttgarter Kongreß: „Ich bin der Meinung, daß in der DDR vieles verbesserungsbedürftig ist."

Der Graf Westphalen, Finanzdirektor der DFU, steht zwar mit dieser Kritik, nicht aber als Bürger-Angler seiner Partei allein da. Schon auf dem Gründungs-Aufruf der DFU prangten die Namen von rund 100 Akademikern, darunter, wohldosiert für alle Berufe,

- ▷ 5 Rechtsanwälte,
- ▷ 10 Lehrer,
- ▷ 13 Ärzte,
- ▷ 14 Pastoren,
- ▷ 20 Professoren, aber nur
- ▷ 16 Arbeiter und Handwerker.

Auch der erste Platz in den Landeslisten der Partei wurde — außer

**Riemeck-Studenten** beim Sitzstreik: Für politische Exoten ...

an der Saar und in Schleswig-Holstein — jeweils Kandidaten mit reputierlichem Bürger-Beruf anvertraut: in Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen drei Redakteuren, in Bremen* und Rheinland-Pfalz zwei Pastoren, in Hamburg, Baden-Württemberg und Bayern drei Professoren (Gröbe, Riemeck, Brenner), wobei der Bayer Brenner gar noch Staatssekretär a. D. ist.

Weniger für die bürgerlichen als für die militanten Schwächen der Deutschen ist der auf der bayrischen DFU-Landesliste placierte George Ebrecht berechnet, den die Liste als „Generalleutnant a. D., Lindau am Bodensee" ausweist.

In Wirklichkeit bekleidete dieser Ebrecht, heute Vorsitzender des DFU-Bezirksverbands Kempten/Sonthofen/Lindau, den Rang eines SS-Gruppenführers und Polizei-Generalleutnants.

NSDAP-Mitglied seit 1931, hatte er sich vom Kreisleiter in Harburg-Wilhelmsburg-Stadt zum Stellvertretenden Höheren SS- und Polizeiführer des SS-Oberabschnitts Nord-Ost in Königsberg hochgearbeitet und schuftete im Nebenberuf noch als 1. Vorsitzender des berühmten „Lebensborn e. V.", der rassisch hochwertigen, auch außerehelichen Germanen-Nachwuchs züchten sollte. Seine Lebensborn-Aktivität entschuldigte Ebrecht kürzlich in einer Wahlversammlung mit dem Hinweis, die Zuchtanstalt sei nach dem Kriege als „vorbildliche soziale Einrichtung auch für Amerika" bezeichnet worden.

Überhaupt ist dafür gesorgt, daß die nationale Komponente unter den DFU-Kandidaten nicht zu kurz kommt. Die niedersächsische Landesliste der DFU wird beispielsweise von dem Redakteur Gerhard Bednarski angeführt, der bis vor kurzem die inzwischen eingestellte neutralistische Wochenzeitung „Der Ruf" redigierte.

Zuvor war Bednarski Redakteur der „Stimme der Vertriebenen" und Pressereferent des „Bundes der vertriebenen Deutschen" (BVD), Landesverband Niedersachsen, betätigte sich aber gleichzeitig als Umbruchredakteur an einer Zeitung, die sich vom Titel des Neutralisten-„Rufs" nur unwesentlich, vom Inhalt aber eklatant unterscheidet: am „Reichsruf", dem Parteiblatt der ultrarechten Deutschen Reichs-Partei.

Kulturwart **Schütz**
... kein Platz an der Wupper

Auch am Ende der niedersächsischen DFU-Landesliste steht ein Mann von anerkannt nationaler Gesinnung: der Student Erwin Pape, Funktionär des — inzwischen verbotenen — rechtsradikalen und antisemitischen „Bundes Nationaler Studenten". DFU-Pape war allerdings zehn Jahre lang, von 1945 bis 1955, wegen verminderter Zurechnungsfähigkeit entmündigt.

Resümierte die Hamburger „Zeit" anläßlich der Stuttgarter Tagung: „Die Deutsche Friedens-Union ist ... eine Lumpensammler-Partei: Sie liest alle jene auf, die sämtliche Bahnen verpaßt haben."

Um die Mißvergnügten und bislang Zukurzgekommenen möglichst zahlreich aufzulesen und die Fünf-Prozent-Klausel des Wahlgesetzes, die Monopol-Schranke der alten Parteien, zu überwinden, sieht das in Stuttgart beschlossene Organisations-Statut der DFU im Paragraphen 6 sogenannte Beiräte vor, in die Vertreter von anderen „Organisationen berufen werden, wenn diese gewillt sind ... mitzuarbeiten".

Der Trick des Paragraphen 6: Beirats-Mitglieder brauchen nicht Mitglieder der DFU zu sein. Auf diese Weise kann sich die Partei auch die Hilfe solcher Individuen und Organisationen sichern, bei denen eine formelle Mitgliedschaft aus Gründen der Optik nicht erwünscht ist.

Der ehemalige Kommunist Helmut Bausch beispielsweise, Absolvent eines Jahreslehrgangs an der SED-Parteihochschule „Karl Marx" in Klein-Machnow und heute Redakteur der Düsseldorfer BdD-Postille „Deutsche Volkszeitung", kann sich jederzeit darauf berufen, daß er nicht Mitglied und schon gar nicht Funktionär der DFU

* Der Bremer Spitzenkandidat der DFU, Pastor Hartge, trat inzwischen zurück, da er „angesichts der Geschehnisse in Berlin" für die DFU „keine Aussichten mehr" sehe.

sei. Bausch: „Ich hatte Grund, mich zurückzuhalten." Gleichwohl nahm der vom BdD in den DFU-Beirat delegierte Riemeck-Vertraute Bausch an den meisten Sitzungen der Bundeswahlkampfleitung teil.

Mit Hilfe des Paragraphen 6 brachten die DFU-Funktionäre ihre Volksfront organisatorisch in Schwung. Außer dem „Bund der Deutschen" wird die Partei über die Beirats-Mitglieder, die ihrerseits Plätze auf den DFU-Landeslisten erhalten, durch ein Netz von neutralistischen und pazifistischen Vereinen unterstützt, beispielsweise von

- dem „Deutschen Klub 1954" des Grafen Westphalen,
- der „Vereinigung unabhängiger Sozialisten",
- der „Demokratischen Wähler-Union" (DWU) in Nordrhein-Westfalen,
- der „Deutschen Demokratischen Union" (DDU), die bei den saarländischen Landtagswahlen zwei Kommunisten ins Parlament brachte,
- dem „Bremer Wählerverband",
- dem inzwischen verbotenen „Demokratischen Wählerverband Niedersachsen",
- dem gleichfalls verbotenen „Friedenskomitee der Bundesrepublik Deutschland",
- der „Westdeutschen Frauen-Friedensbewegung",
- dem „Schwelmer Kreis" und dem „Fränkischen Kreis" des Würzburger Professors Dr. Franz Paul Schneider,
- dem „Ständigen Kongreß aller Gegner gegen die atomare Aufrüstung in der Bundesrepublik" und
- dem „Zentralausschuß der Landbevölkerung gegen den Atomtod".

Weniger die Tatsache, daß Bundesminister Schröder die meisten dieser Gruppen vor dem Bundestag als Tarnorganisationen der verbotenen KP bezeichnete, als ihre intensive personelle Verflechtung deutet auf einheitlichen Marschtritt hin.

Bis vor einigen Wochen befand sich beispielsweise die rheinland-pfälzische Landesgeschäftsstelle der DFU in den Räumen der Geschäftsstelle des Bundes der Deutschen, Mainz, Terrassenstraße 18. Der interimistische Landesgeschäftsführer Bernhard Clemens diente früher der KPD-Landesleitung Hessen als Kraftfahrer und wurde kurz nach Gründung der Riemeck-Partei vom BdD in die Mainzer DFU-Geschäftsstelle abkommandiert.

Ein viel ansehnlicheres Exemplar aus dieser Schicht allseits organisierter Friedens-Funktionäre ist die Professorin Dr. phil. Klara-Maria Faßbinder („Friedens-Klärchen"), heute Mitglied des Unionsrats und des nordrhein-westfälischen Landesvorstands der Deutschen Friedens-Union.

Das 71 Jahre alte Friedens-Klärchen erregte bereits 1957 Aufsehen, als es bei den Weltjugendfestspielen in Moskau bekannte, ihm gefielen „Hammer und Sichel als Embleme der Staatsmacht sehr gut". Und: „Dies ist besser, als wenn Raubvögel das Symbol eines Staates sind."

Zwei Jahre später wurde die welterfahrene Pädagogin gar vom Vater aller Friedensfreunde, dem Nikita Chruschtschow, auf der Leipziger Frühjahrsmesse in Audienz empfangen. Bekannte die Faßbinder in der „Anderen Zeitung": „Und ich schäme mich wieder . . . für die hämische, überlegene, hochmütige und so entsetzlich lieblose Art, mit der wir von diesem Mann und der ganzen sowjetischen Regierung sprechen und schreiben."

Die Professorin, auf der DFU-Landesliste für Nordrhein-Westfalen Nummer 25, kämpfte bislang als Mitglied

- des „Weltfriedensrats",
- des „Ständigen Kongresses aller Gegner gegen die atomare Aufrüstung in der Bundesrepublik",
- des Arbeitsausschusses im „Schwelmer Kreis",
- der „Deutschen Friedensgesellschaft" und
- der „Westdeutschen Frauen-Friedensbewegung".

Da sich die Nachkriegs-Vita der Faßbinder und der meisten anderen DFU-Funktionäre wie ein Vereinsregister — mit immer wiederkehrenden Namen — liest und die frequentierten Vereine extrem pazifistische, wenn nicht kommunistische Gesinnung an den Tag legten, kam gleich nach dem Stuttgarter Gründungskongreß der Verdacht auf, auch eine Union all dieser professionellen Ost-Kontaktler und ihrer Kreise müsse zwangsläufig die Geschäfte Pankows betreiben.

Tatsächlich hatte das Stuttgarter DFU-Geburtsfest diesen Verdacht auch noch in anderer Hinsicht bestärkt: Die Berliner Delegierte Dr. Erika Erdmann mußte auf die Kandidatur für den DFU-Bundesvorstand verzichten. Begründung: Eine Westberlinerin könne nicht Vorstandsmitglied sein, da Westberlin nicht zur Bundesrepublik gehöre. Kommentierte der „Parlamentarisch-Politische Pressedienst" (PPP): „Ein sehr deutliches Indiz für die funktionierende Fernsteuerung."

Noch schädlicher erwies sich für die DFU die offene Sympathie, die der

**DFU-Wahlkongreß** in Wiesbaden: Alle Züge verpaßt?

Ex-Sozialist **Knorr**
Einst Falken-Führer

neuen Partei von maßgebender Seite des Ostens bezeugt wurde. So qualifizierte das Moskauer Parteiblatt „Prawda" die DFU-Manager schon am 20. Dezember 1960 als „die patriotischen und friedliebenden Kräfte der Bundesrepublik".

Der „Deutsche Freiheitssender 904", ein bei Magdeburg stationierter, für die propagandistische Bearbeitung der Westdeutschen berechneter SED-Funk, wurde deutlicher: „Es gibt heute in der Bundesrepublik nur *eine* Partei, die unsere Interessen vertritt. Das ist die DFU."

Mit einem gewissen Recht wenden die DFU-Funktionäre hier ein, niemand könne sich vor den Umarmungen Pankows schützen. Immerhin hat aber auch der prominente westdeutsche Kommunist Josef Angenfort der DFU kräftig geschmeichelt.

Angenfort, einst Erster FDJ-Sekretär Westdeutschlands und heute Mitglied im ZK der illegalen KP, erklärte im Juni 1961 auf einem Lehrgang seiner Diversanten in Mellensee bei Zossen, die DFU sei zwar keine sozialistische Klassenpartei, vertrete jedoch die Interessen der Arbeiterschaft gegenwärtig am besten. Konsequenz: Es sei Pflicht eines jeden KP-Mitglieds, die DFU zu unterstützen.

Tatsächlich forderten beispielsweise in Rheinland-Pfalz drei der vier ehemaligen führenden KPD-Funktionäre, nämlich

▷ Friedel Janecek aus Mainz,

▷ Willi Feller aus Ludwigshafen und

▷ Hermann Kempf aus Marienberg,

das Wahlvolk am Rhein öffentlich auf, für die DFU zu stimmen.

In Nordrhein-Westfalen dagegen kam den ehemals prominenten KPD-Mitgliedern Schabrod und Heitland eine seltsame Erleuchtung. Die beiden präsentierten sich plötzlich als kommunistische Kandidaten für die Bundestagswahl und wurden, da die KPD verboten ist, prompt verhaftet. Der Dortmunder SPD-Bezirkschef Knäpper sieht in dieser spontanen Selbstopferung einen Versuch, DFU-Anhänger und Kommunisten vor der Öffentlichkeit als gänzlich verschiedene Gruppen hinzustellen.

Zugleich ersparte sich die Riemeck-Partei eine Belastung, die ihr mit Sicherheit als noch beweiskräftigeres Rotfront-Indiz angekreidet worden wäre: die Mitgliedschaft des Viktor Agartz.

Der in Bensberg bei Köln ansässige westdeutsche Ur-Marxist, der 1957 wegen Verfassungsgefährdung angeklagt, vom Bundesgerichtshof aber freigesprochen worden war, obschon er vom Osten 130 000 Mark angenommen hatte, war zwar auch nach Stuttgart geeilt, hatte das Lokal „Schönblick" aber schon um 14 Uhr ärgerlich wieder verlassen und sich mit einer „anderen Verabredung" entschuldigt.

Agartz, einst Chefideologe des Deutschen Gewerkschaftsbundes, protestierte beim DFU-Direktorium, weil er seinen Namen unter dem Gründungsaufruf der DFU fand. Agartz heute: „Die hatten mich nicht einmal gefragt." Und: „Die sind mir viel zu utopisch."

Der bewährte Klassenkämpfer deutete damit zugleich an, daß er von der Absicht der DFU, die Macht legal statt auf konspirativem Weg zu gewinnen, nichts hält. Ihre Legalität aber wurde von den DFU-Funktionären bislang bei jeder Gelegenheit beteuert.

So schrieben sie ins Parteiprogramm, die DFU wisse „sich gebunden an das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland", und Renate Riemeck versprach in dem von ihr allein verfaßten „Stuttgarter Manifest", das sie den Kollegen vor der Verlesung nicht einmal zeigte, sich stets für die demokratischen Grundrechte zu erwärmen.

Dieses Riemeck-Gelübde verhinderte nicht, daß die schon vorhandenen Zweifel an der Herkunft des so aggressiv

Ex-Faschist **Ebrecht**
Einst SS-General

Ex-Kommunist **Bausch**
Einst „Karl Marx"-Schüler

auftretenden Partei-Säuglings gerade von Leuten genährt wurden, die — nach Meinung der DFU — allen Grund gehabt hätten, sich ausschließlich mit der eigenen Vergangenheit zu befassen: von den Sozialdemokraten.

Schon zwei Tage nach dem Stuttgarter Fest behauptete Presse-Betreuer Franz Barsig, die SPD besitze Material darüber, daß zumindest die DFU-Kreise um den früheren SPD-Genossen und Hamburger Kleingärtner Berg („Vandenberg") in fremdem Auftrag arbeiteten und von einer fremden Macht gesteuert seien.

Dann folgte Schlag auf Schlag aus der Bonner Baracke.

▷ Der SPD-Vorstand am 17. Januar 1961: Die „politisch törichten Mitglieder" der DFU seien gegenüber dem „kommunistisch gesteuerten" Vorstand hilflos.

▷ Herbert Wehner am 3. Juli: Die DFU sei eine westdeutsche Ausgabe der sowjetzonalen „Nationalen Front".

▷ Presse-Barsig am 4. Juli: Die DFU bedeute „für die rechtsstaatliche Ordnung der Bundesrepublik" eine Gefahr.

▷ Presse-Barsig am 6. Juli: Eine „aktive Bekämpfung der DFU" sei nötig.

▷ Presse-Barsig am 10. Juli: „DFU" müsse richtig mit „Die Freunde Ulbrichts" übersetzt werden, da die Partei „der verlängerte Arm" des SED-Chefs sei. Der Bundesinnenminister besitze genügend Material, um die DFU als KP-Tarngilde zu verbieten.

Was die SPD zu dieser hektischen DFU-Feindschaft trieb, war weniger die Sorge um die rechtsstaatliche Entwicklung der Bonner Republik. Den Genossen in der Baracke war vielmehr erst im Laufe der Zeit aufgegangen, „daß Renate Riemecks Friedenstauben vor allem auf die SPD" losgeflattert kamen,

wie das Parteiblatt „Vorwärts“ richtig analysierte.

Da eine Volksfront stets auch hilfreicher Sozialdemokraten bedarf, hatten sich die DFU-Propagandisten daran gemacht, den Unmut zu nutzen, der auf dem linken SPD-Flügel über den Gemeinsamkeits-Kurs Wehners und Brandts grassiert.

Die in der Kölner DFU-Zentrale am Hohenzollernring 78 ansässigen Bundes-Funktionäre, vor allem Werbeberater Georg Polikeit, ein früherer FDJ-Mann, und Pressechef Reinhard Opitz, ein stud. phil. im 14. Semester, streuten beharrlich die — gar nicht so falsche — These aus, die DFU sei heute die einzige Oppositionspartei, nachdem sich die SPD ins Kanzler-Schlepptau begeben habe.

Organisations-Leiter Lorenz Knorr, dessen Eltern und Großeltern Sozialdemokraten waren, in Stuttgart: „Die SPD hat die Todeskonzeption des greisen Kanzlers übernommen.“

In der Tat entsannen sich nun etliche SPD-Genossen, wie wacker sie vormals gegen die Wiederbewaffnung, die Wehrpflicht, die Nato, den Atomtod und den CDU-Kanzler gestritten hatten, was ihnen nun strikt verboten war. Einige Dutzend brachen, sofern sie nicht verstoßen wurden, von selbst aus der Partei aus, die ihnen jahrzehntelang Trost und Heimat gewesen war.

Der prominenteste Überläufer, MdB Arno Behrisch (SPIEGEL 8/1961) aus Hof, hatte sich zwar nicht in Ostkontakten erprobt, dafür aber in eigenbrötlerischer Manier wiederholt die Politik der Parteispitze madig gemacht.

Vor dem drohenden Ausschluß-Verfahren entwich der schon mehrfach Verwarnte in die DFU. Behrisch auf der Gründungsversammlung der Riemeck-Partei in Nordrhein-Westfalen: „Der Kampf um den Frieden war jahrzehntelang das Gesetz der deutschen Arbeiterbewegung ... Heute aber wird die Sicherung des Friedens durch die Politik der SPD nicht mehr gewahrt.“

Hinterbänkler Behrisch war für die SPD ebensowenig ein Verlust wie der Austritt anderer, meist noch unbedeutenderer Genossen. Alarmierend jedoch wirkten auf die Partei die von der DFU bewußt lancierten Meldungen über eine angeblich weitergehende Aufweichung des linken SPD-Flügels.

Auf dem Wiesbadener Wahlkongreß brachten DFU-Propagandisten unters Volk, etliche Sozialdemokraten

- ▷ unterstützten die DFU mit Geld,
- ▷ wollten die DFU wählen und
- ▷ würden unmittelbar vor der Wahl zu ihr übertreten.

Renate Riemeck bereicherte diese zwar auf Panikmache berechneten, aber immerhin nicht ganz unwahrscheinlichen Angaben noch mit der Enthüllung, manche DFU-Flugblätter seien in den Amtsstuben der SPD entworfen worden.

Daß nicht alle diese Behauptungen aus der Luft gegriffen waren, bewies jüngst der Gladbecker SPD-Genosse Johann Wuwer, der vor einer Versammlung des Evangelischen Männerwerks offene Kritik an den Verbots-Gelüsten seiner Partei gegenüber der DFU übte. Wuwer: „Ein Verbot der DFU ... halte ich für absolut unsinnig.“

In der Bonner SPD-Zentrale löste die Nachricht von der Meuterei-Rede des Diplomvolkswirts Wuwer, der seit zehn Jahren dem Gladbecker SPD-Ortsvorstand angehört und SPD-Kandidat für den Wahlkreis Gladbeck-Bottrop ist, tiefes Unbehagen aus.

In seinem Bonner Büro überlegte SPD-Exerziermeister Herbert Wehner, auf welche Weise Wuwer zu eliminieren sei. Resultat: Wuwer muß bleiben.

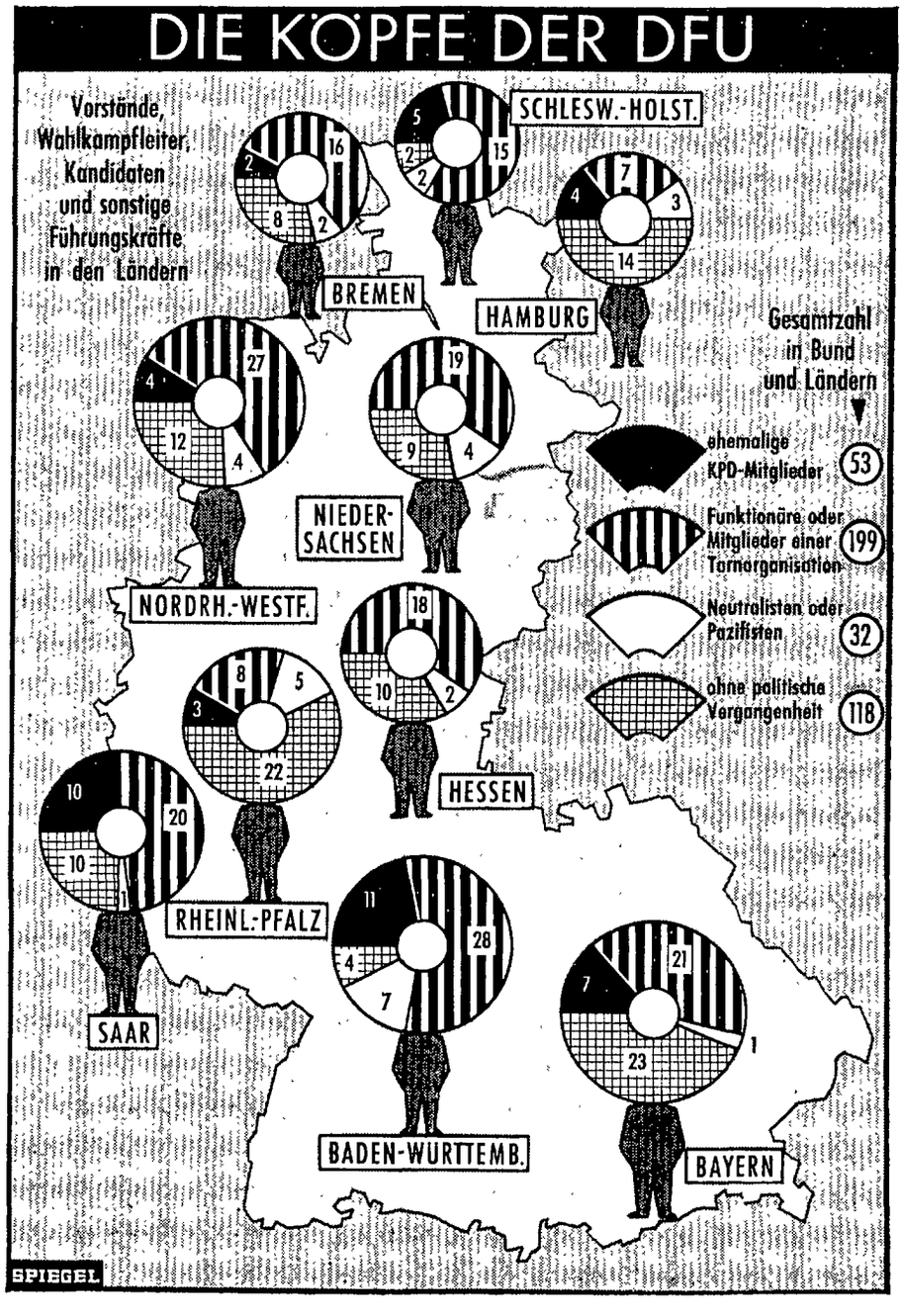
Wehner könnte den unsicheren Kandidaten Wuwer zwar laut Wahlgesetz noch bis zum 21. August auswechseln und die Kandidaten-Wahl in Gladbeck wiederholen lassen. Die Gladbecker Genossen aber würden wiederum Wuwer wählen.

Die SPD sorgt sich unterdessen, daß nach Wuwer noch andere, bislang als linientreu geltende SPD-Kandidaten öffentlich für die DFU eintreten könnten, und dies zu einem späteren, gefährlicheren Zeitpunkt. Nach dem 26. August können Wahlvorschläge nämlich weder abgeändert noch zurückgezogen und also auch unsichere SPD-Kandidaten nicht mehr ausgewechselt werden.

Überzeugender noch als im Wahlkampf 1953, da der (erst nach dem Wahltag zurückgenommene) falsche Vorwurf Adenauers, die SPD-Genossen Schroth und Scharley kassierten Ulbricht-Gelder, die Bundesbürger schreckte, könnten die Bonner Staats-Christen dann die Sozialdemokraten für unheilbar ostträchtig erklären.

Die SPD feuerte daher bald aus allen, auch kleinkalibrigen Rohren gegen die linken Sektierer. So forderte der Landesverband Hamburg der Jungsozialisten ein Verbot der Hamburger Rot-Postille „Blinkfüer“, da sie sich „durch die Unterstützung der DFU“ an der „kommunistischen Agitation und Hetze“ beteilige.

Der Sozialdemokratische Hochschulbund in Kiel ermahnte seine Mitglieder, „die sogenannte Deutsche Friedens-Union mit aller Härte und Eindeutigkeit



anzugreifen". Begründung: „Die DFU ist kommunistisch infiltriert."

Der Deutsche Gewerkschaftsbund schließlich setzte sich energisch von den Friedensfreunden der Riemeck ab, und selbst der avantgardistische Vorstand der IG Metall ließ erklären, er dulde „nicht den Anschein einer Zusammenarbeit" mit der DFU.

Hatte die DFU mithin auf dem Gewerkschafts-Acker nichts zu bestellen, so gelang ihr doch ein — wenn auch schmaler — Einbruch in die Front der evangelischen Hirten Westdeutschlands. Da die Riemeck-Partei „am besten den christlichen Bemühungen um Frieden" entspreche, forderten 25 evangelische Pastoren die Wähler öffentlich auf, für die DFU zu stimmen: „Wer Frieden will, muß Frieden wählen."

Die Sozialdemokraten aber wurden noch nervöser, als Renate Riemeck auf dem Wiesbadener DFU-Meeting bekanntgab, daß sie ihre Volksfront inzwischen bis nach Afrika verlängert habe: Albert Schweitzer, der Samariter von Lambarene und Humanitäts-Fetisch der Deutschen, hatte der Friedensfreundin die Erlaubnis gegeben, sein Konterfei für die Wahlwerbung zu benutzen.

Seither prangen der Urwald-Doktor und die DFU-Chefin wie Mann und Weib nebeneinander auf den Wahlplakaten, und die verbiesterten SPD-Genossen mußten erkennen, daß sie nicht mal einen symbolträchtigen Großvater als moralischen Background ihr eigen nennen: keinen Adenauer, keinen Heuss, keinen Schweitzer.

Um so energischer verlangten sie, CDU-Schröder solle die Rötlichen endlich verbieten. Dazu die DFU: „Tiefer kann eine Partei, die noch vor wenigen Jahren die Bevölkerung aufrief, ‚nicht Ruhe zu geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht', nicht sinken."

Nun hatte Bundesinnenminister Schröder die DFU schon am 10. Februar vor dem Bundestag in die Kategorie der KP-Tarnklubs eingestuft.

Am 7. März — inzwischen hatten Organisator Knorr und sein Gehilfe Heinz („Nico") Dreibrodt, ein ehemaliges FDJ-Mitglied, die Landesorganisationen aufgebaut — stellte das regierungsamtliche „Bulletin" fest: „Kommunistische Politiker lenken aus dem Hintergrund die vorgeschobenen Persönlichkeiten der Deutschen Friedens-Union."

Daß Schröder, der sich gern „Verfassungsminister" nennt, gleichwohl bis heute nicht gegen die angeblich KP-gesteuerte Partei vorging, während er andere, weit kleinere Tarn-Cliquen sogleich als Nachfolge-Organisationen der KPD verbieten ließ, lag nicht an der — matten — Gegenwehr der DFU: Die Riemeck-Partei hat zwar gegen SPD-Barsig, nicht aber gegen das „Bulletin" einen Prozeß angestrengt, der sich noch immer hinschleppt.

Aus dem Hause Schröder verlautete vielmehr am 11. Juli, nachdem Barsig das Verbot der DFU gefordert hatte, das Material reiche noch nicht aus.

Dazu die CDU-„Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise": „Es kann ... kaum empfehlenswert erscheinen, die DFU vor den Bundestagswahlen zu verbieten (wofür es sicherlich jetzt schon genügend Anhaltspunkte gäbe); eine solche Maßnahme ist im Herbst, das

Renegat **Behrisch**
Die heimatlose Linke ...

heißt nach den Wahlen, noch immer und sehr begründet nachzuholen."

Gleichzeitig versuchte das Schröder-Ministerium den Eindruck zu verwischen, die sonst so vifen Verfassungsschützer arbeiteten in Sachen DFU nur deshalb so schlecht, weil Schröder kein Interesse habe, den Sozialdemokraten die lästige Wahlkonkurrenz vom Hals zu schaffen. Die Ministeriellen versicherten, das Treiben der Riemeck-Männer werde aufmerksam verfolgt: Die Besatzung der Bonner SPD-Baracke schmorte bei kleinem Feuer.

Die angeblich miserable Arbeit des Verfassungsschutzes mußte freilich gerade in diesem Fall verwundern. Im Bundesamt für Verfassungsschutz kur-

Pflegekind **Marie Meinhof**
... fand Zuflucht bei der Junggesellin

sierte nämlich damals schon eine komplette Liste aller DFU-Funktionäre, säuberlich aufgeschlüsselt nach Bundesländern und dem Grad der Gefährlichkeit: frühere KP-Mitglieder, Funktionäre und einfache Mitglieder einer Tarnverbindung, Neutralisten und „unbeschriebene Blätter". Stand: 15. Mai 1961.

Diese Liste verzeichnet einmal interessante Nuancen im regionalen Aufbau der DFU-Funktionärs-Gilde. So tritt unter den Führungskräften — Landesvorstände, Landeswahlkampfleitungen, Kandidaten — weder im traditionell rechtsorientierten Niedersachsen noch in Hessen, wo sich eine starke linkssozialistische Minderheit tummelt, ein KP-Mitglied auf.

Dafür liegen in Hessen, ebenso wie im katholischen Bayern und im Wirtschaftswunderland an der Ruhr, die Mitglieder von Tarnorganisationen besonders stark im Rennen: in Hessen 18, in Nordrhein-Westfalen 27, in Bayern 21.

An der Saar, wo die „Deutsche Demokratische Union", ein Ableger des BdD, die Fünf-Prozent-Klausel übersprang, erhielten die erfolgreichen Genossen viele Plätze: zehn Kommunisten und 20 Mitglieder von Tarnorganisationen.

Diese letzte Gruppe ist nach der Geheim-Liste überhaupt die größte: In Bund und Ländern wirken für die DFU insgesamt 199 Mitglieder von Tarnorganisationen der verbotenen KP. Es folgen

- ▷ 118 Riemeck-Schüler ohne politische Vergangenheit,
- ▷ 53 ehemalige KP-Mitglieder und
- ▷ 32 Neutralisten oder Pazifisten.

Addiert man nun frühere KP-Mitglieder und Mitglieder von Tarngruppen, ergibt sich eine Summe von 252 offenen, getarnten oder vermutlichen Kommunisten im Funktionärskorps der DFU, denen nur 150 Neutralisten, Pazifisten und sogenannte unbeschriebene Blätter gegenüberstehen.

Angesichts dieser eindeutigen Bilanz, vom Minister Schröder mit dem Vermerk „Nur für den Dienstgebrauch" versehen, forderte der Berliner SPD-Innensenator Lipschitz, Vorsitzender des Unterausschusses für positiven Verfassungsschutz der Innenministerkonferenz, Mitte Juni auf der Tagung des Ausschusses in Bremerhaven, das Bundesamt für Verfassungsschutz möge seine Karten endlich auf den Tisch legen.

Ministerialdirigent Dr. Toyka aus dem Hause Schröder lehnte ab.

Eine Möglichkeit, gegen die DFU vorzugehen, sah das Ministerium auch nicht in jenem Material, das der Verfassungsschutz erbeutete, als ihm am 5. Juli 1961 der Altkommunist Oskar Neumann ins Netz ging (SPIEGEL 30/1961).

Neumann zeichnete seit 1949 im Sekretariat des KPD-Vorstands für das Arbeitsgebiet „Massen- und Tarnorganisationen" verantwortlich, setzte sich 1954 in die Zone ab und wurde vom Bundesgerichtshof in Abwesenheit wegen Staatsgefährdung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Der konspirativ begabte Funktionär landete an führender Stelle des West-Apparats der SED, wo er wiederum

mit der Steuerung der Tarn-Bünde in Westdeutschland betraut war und dafür sorgte, daß nicht die neue Marxisten-Partei, sondern die einzig Erfolg versprechende Volksfront DFU gegründet wurde.

In Rheinhausen bei Duisburg wurde KP-Neumann, kurz vor seinem geplanten Dialog mit dem einen Tag später festgesetzten KP-Funktionär und DFU-Kandidaten Hermann Gautier, gefaßt. Dazu DFU-Pressechef Opitz: „Bei der DFU ist Herr Neumann völlig unbekannt."

Mit ähnlichen Dementis ging die Riemeck-Partei bislang auch allen Fragen nach ihrer Finanzierung aus dem Wege, obschon sie einen Werbeaufwand treibt, der aus den Beiträgen der eingeschriebenen Friedensfreunde mit Sicherheit nicht zu bestreiten ist.

Allein die in drei Etappen abrollende Plakat-Aktion — dritte Plakat-Auslieferung laut partei-interner Propaganda-Order am 15. August — wird auf 1,5 Millionen Mark veranschlagt. Weitere Summen:

- ▷ 50 000 Mark kostete der mehrfarbige Werbe-Prospekt „Hier ist eine neue Idee",
- ▷ 42 000 Mark das Flugblatt „Was will die DFU?" (Auflage: fünf Millionen), und
- ▷ 150 000 Mark wird die geplante DFU-Wahlillustrierte kosten (vorgesehene Auflage: 300 000 Exemplare).

Auf den Vorhalt, daß solche Summen auch nicht durch noch so begüterte Partei-Mitglieder gespendet werden — der Freiburger DFU-Funktionär Dr. Friedrich Tönnies, von Beruf Hirnforscher, opferte angeblich einen Jahresgewinn aus dem Ertrag seiner Fabrik für medizinische Spezial-Apparate —, versuchen die DFU-Funktionäre, auch die deutsche Wirtschaft in ihre Diversion einzubeziehen: Das Geld stamme zum Teil aus der am Ost-West-Geschäft und also an einem baldigen Friedensvertrag interessierten Industrie.

Die Riemeck und ihr Gefolge sind sich jedoch darüber im klaren, daß noch so geschickte Werbung und noch so psychologisch angelegte Spruchweisheit, wie die in der Werbe-Anweisung vom 5. Juli empfohlenen Kurz-Slogans

- ▷ „Atomwaffen bei uns? Nee!",
- ▷ „Neutral — Atomwaffenfrei",
- ▷ „Jetzt aber DFU",

nichts fruchten, wenn es der Partei nicht gelingt, „die große Hemmungsschwelle" des westdeutschen Wahlpublikums bis zum 17. September zu überspringen.

Als ersten „Hauptbestandteil" der Hemmung, DFU zu wählen, führt die Werbe-Order an: „das antikommunistische Argument (‚Die Politik der DFU ist identisch mit der der Sowjet-Union')". Mahnte die Bundeswerbeleitung: „Gelingt es unseren vereinten Kräften, diese Hemmungsschwelle zu überwinden, so können wir mit großen Wählergruppen rechnen, das heißt mit einem weit über fünf Prozent liegenden Stimmanteil."

Die DFU-Strategen reagieren daher unwillig, wenn sie auf die kommunistische Unterwanderung angesprochen werden. Paul Neuhöffer (Riemeck: „Ein bißchen doktrinär, aber nett"), Adlatus des Grafen Westphalen, gestand über den Eindruck des SPIEGEL-Berichts aus Anlaß der Verhaftung des Duos Neumann-Gautier: „Der Artikel hat einigen Leuten bei uns Kopfschmerzen gemacht."

Selbstsicherer gab sich SPD-Häretiker Arno Behrisch auf dem Wiesbadener Wahlkongreß der DFU. Behrisch: „Sie (die Kommunisten) sollen ruhig ein Stück des Weges mit uns gehen."

SPD-Häretiker Behrisch wußte offenbar nicht, daß die Parole „ein Stück des Weges gemeinsam" nach 1918 von dem Alldeutschen Graf Reventlow, einem der Anführer der Deutschvölkischen Bewegung, ausgegeben worden war, um ein — zeitweiliges — Zusammengehen zwischen dem Reich und dem bolschewistischen Rußland zu befürworten.

Behrisch wußte aber sehr wohl, daß sich SED-Chef Walter Ulbricht im Juni 1960 fast der gleichen Redensart bedient hatte, um eine westdeutsche Volksfront der Arbeiterklasse „mit allen Gegnern der Atomrüstung bis zu den Kreisen der Bourgeoisie" zu fordern. Ulbricht: „Alle diese Kräfte müssen . . . ein Stück des Weges gemeinsam gehen."

Wer nun mit wem geht, blieb dunkel.

Renate Riemeck hingegen, keine Kommunistin, äußerte sich am freiesten: „Ich bin links, weil die Opposition links ist." Und: „Ich konnte auf die Kommunisten nicht verzichten." Beiläufig: „Ich wollte, ich hätt's gekonnt."

Parteichefin **Riemeck**, Vertrauter **Högemann**: „Der Kleine erzählt mir alles"

Das DFU-Fräulein, im Dreier-Direktorium mit Westphalen und Knorr die überragende Figur, wenn auch nach eigenen Aussprüchen organisatorisch unbegabt, muß seit Wochen im idyllischen oberfränkischen Kneipp-Bad Berneck wegen einer Rückgratzerrung vom Wahlkampf verschnaufen. Die Riemeck: „Ich habe das gleiche Leiden wie Kennedy."

Im ausgebauten Dachgeschoß des Kneipp-Heims „Zur Quelle" (Türspruch: „Zurück zur Mutter Natur") hockt die Exprofessorin in hautenger Pepita-Hose und weinrotem Trachtenjäckchen, hält aber die Fäden ihrer Volksfront nach wie vor in der Hand: „Ohne mich wird in Köln keine Entscheidung gefällt." Und: „Der kleine Högemann (ihr Referent) sorgt dafür, daß ich alles erfahre." Und, auf eine denkbare Steuerung angesprochen: „Wer mich steuert, den möchte ich sehen."